

Gesetzblatt

für die Freie Stadt Danzig

Nr. 4

Ausgegeben Danzig, den 31. Januar

1925

Inhalt. Gesetz betreffend Änderung der Telegraphengebühren (§. 9). — Verordnung zur Änderung der Telegraphenordnung (§. 9). — Verordnung über Postgebühren im Verkehr mit dem Ausland (ausschließlich Deutschland, Oesterreich und Polen) (§. 13). — Postgebühren im Verkehr mit Deutschland und Oesterreich (§. 14). — Gesetz betreffend Änderung des Gesetzes über Postgebühren usw. (§. 14). — Verordnung über die Einkommensgrenzen im § 62 Versorgungsgesetz (§. 16). — Verordnung über Einziehung der Beiträge zur Krankenversicherung (§. 17).

4 Volkstag und Senat haben folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Gesetz

betreffend Änderung der Telegraphengebühren. Vom 28. 1. 1925.

§ 1.

Der § 1 des Gesetzes betreffend Änderung der Telegraphengebühren vom 30. April 1921 (Gesetzbl. S. 47) wird unter 1. Telegramme durch folgenden Wortlaut ersetzt:

1. Telegramme.

Die Telegraphengebühr beträgt:

- a) bei gewöhnlichen Telegrammen 8 P für jedes Wort, mindestens 80 P,
- b) bei Ortstelegrammen (Telegramme an Empfänger im Orts- oder Landbestellbezirk der Aufgabeanstalt) und bei Pressetelegrammen die Hälfte dieser Gebühren.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt am 1. Februar 1925 in Kraft; gleichzeitig wird die „Verordnung zur Umstellung der Telegraphen- und Fernsprechgebühren von Reichsmark auf Gulden und Pfennige vom 24. 10. 1923 (Gesetzbl. S. 1108)“ hinsichtlich der Telegraphengebühren außer Kraft gesetzt.

Danzig, den 28. Januar 1925.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Sahm.

Runge.

5

Verordnung

zur Änderung der Telegraphenordnung. Vom 27. 1. 1925.

Auf Grund des Gesetzes betreffend Änderung der Telegraphengebühren vom 30. April 1921 (Gesetzbl. S. 47) wird die Telegraphenordnung vom 16. Juni 1904 wie folgt geändert:

1. Im § 1 „Benutzung des Telegraphen“ ist als neuer Absatz hinzuzufügen:

III. Die Gebührensätze für den Telegrammverkehr sind in der Anlage zusammengestellt.

2. Im § 2 „Einteilung der Telegramme“ unter III sind im 3. Satze die Worte „anamitisch“ bis „türkisch“ zu ersetzen durch:

albanisch, amarisch, anamitisch (quoc ngn), arabisch, armenisch, bulgarisch, dänisch, deutsch, englisch, esthnisch, finisch, flämisch, französisch, griechisch, hebräisch, holländisch (niederländisch),

(Achter Tag nach Ablauf des Ausgabetafes: 8. 2. 1925).

irisch, isländisch, italienisch, japanisch, kiswahili (swaheli), kroatisch, lateinisch, lettisch, litauisch, luxemburgisch, madagassisch, malayisch, norwegisch, ouolof, persisch, polnisch, portugiesisch, rumänisch, russisch, ruthenisch, schwedisch, serbisch, siamesisch, slowenisch, spanisch (kastilianisch), tschechoslowakisch, türkisch und ungarisch (magyarisch).

3. Im § 3 „Allgemeine Erfordernisse der Telegramme“ unter V, 3. Absatz sind die Worte „die unter IX festgesetzte Einzelgebühr“ zu ersetzen durch: die Sondergebühr wie unter IX unter VIII, 1. Absatz sind die Worte „in Höhe der dreihundertfachen Wortgebühr für gewöhnliche Ferntelegramme“ zu streichen, ebenso unter IX 3. Absatz die Worte „für das“ bis „Adresse; sie“ und im 4. Absatz die Worte „beträgt“ bis „sie“ und „jedoch“.
4. Im § 4 „Aufgabe von Telegrammen“ unter V sind die Worte „in Höhe“ bis „Fernverkehrs“ zu streichen.
5. Im § 7 „Gebühren für gewöhnliche Telegramme“ erhält der Abs. I folgende Fassung:
Es werden Wortgebühren erhoben, wobei zwischen Ortsverkehr und Fernverkehr unterschieden wird. Pressetelegramme kosten die Hälfte der Gebühr für Ferntelegramme.
Für ein Telegramm sind mindestens 10, für ein Briestelegramm mindestens 20 Wörter zu bezahlen. Der Gesamtbetrag für ein Telegramm wird auf einen durch 5 teilbaren Pfennigbetrag aufgerundet.
Ortsverkehr ist der Verkehr innerhalb des Orts- und Landzustellbezirks des Aufgabsorts. Die Grenze des Aufgabsorts deckt sich mit der Gemeindegrenze. Wird das Telegramm bei einer selbstständigen Telegraphenanstalt aufgegeben, so gilt für die Abgrenzung des Ortsverkehrs als Aufgabsort der Ort, in dessen Orts- oder Landzustellbezirk die Telegraphenanstalt liegt. Ortsverkehr kann ferner von der Post- und Telegraphenverwaltung zwischen Orten zugelassen werden, die baulich zusammenhängen.
6. Im § 8 „Dringende Telegramme“ erhält der letzte Satz folgende Fassung:
Die im § 7 unter II angegebene Zustellgebühr für die Zustellung von Telegrammen durch Eisenbahntelegraphenanstalten wird nur einfach — wie bei gewöhnlichen Telegrammen — erhoben.
7. Im § 9 „Bezahlte Antwort“ unter I ist „8“ an allen vier Stellen zu ersetzen durch: 10.
8. Im § 11 „Empfangsanzeigen“ unter I ist zwischen „kann“ und „verlangen“ einzuschalten: gegen Entrichtung der festgesetzten Gebühren
Der Absatz III ist zu streichen, die Bezeichnungen der Absätze IV, V und VI sind zu ändern in: III, IV und V.
9. Im § 14 „Bervielfältigung von Telegrammen“ unter IV erhält der zweite Satz folgende Fassung:
Neben der Wortgebühr wird für die zweite und jede weitere Ausfertigung eine Bervielfältigungsgebühr erhoben.
10. Im § 15 „Seetelegramme“ unter IX sind die beiden ersten Sätze durch folgendes zu ersetzen:
Für jedes Telegramm, das durch Vermittelung der Semaphorstationen mit Schiffen in See auszuwechseln ist, tritt zu der Gebühr für die gewöhnliche telegraphische Beförderung ein Zuschlag. unter XIII ist der 2. Absatz zu streichen und im letzten Absatz statt der Worte „ein fester Zuschlag in Höhe des Betrags“ zu setzen: der Zuschlag wie
11. Im § 16 „Weiterbeförderung“ unter V 1) ist zu setzen statt „versehen“; bis „Fernverkehrs“: versehen und unterliegen einer vom Absender zu entrichtenden Sondergebühr.
unter VI sind die Worte „in Höhe“ bis „Fernverkehrs“ zu streichen,

unter VII erhalten die beiden ersten Sätze folgende Fassung:

Auf Verlangen des Absenders oder des Empfängers werden Telegramme bei Dienstschluß der Zustellanstalt von einer benachbarten Telegraphenanstalt dem Empfänger durch Eilboten zugestellt. Dies geschieht jedoch nur, wenn die Entfernung zwischen beiden Anstalten nicht über 15 km beträgt.

unter VIII sind die Worte „von einem“ bis „durch Boten“ zu ersetzen durch: nach Punkt VII von einer der Zustellanstalt benachbarten Telegraphenanstalt durch Boten

unter IX sind die Worte „des Betrags“ bis „Fernverkehrs“ zu ersetzen durch einer Schreibgebühr

12. Im § 17 „Erhebung der Gebühren“
unter III sind der vorletzte Satz und im letzten Satz die Worte „im Betrage“ bis „Fernverkehrs“ zu streichen,
unter IV ist zwischen den Wörtern „Telegramme“ und nachträglich einzuschalten:
gegen Zahlung besonderer Stundungsgebühren und der vorletzte Satz („Als besondere“ bis „2 v. H. des Stundungsbetrages erhoben“) zu streichen.
13. Im § 18 „Zurückziehung von Telegrammen auf Verlangen des Absenders“ unter I sind die Worte „des Betrags“ bis „Fernverkehrs“ zu ersetzen durch: einer Schreibgebühr
14. Im § 21 „Ertattung und Nachzahlung von Gebühren“ unter IV ist im 2. Absatz statt „Gebühr in“ bis „Fernverkehrs“ zu setzen: Schreibgebühr
15. Im § 22 „Berichtigungstelegramme“
unter I sind im letzten Absatz die Worte „den Betrag“ bis „zu entrichten“ zu ersetzen durch: zehn Wörter zu bezahlen.
unter V ist der letzte Satz zu streichen.
16. Hinter § 23 ist als neuer Paragraph einzuschalten:
Briestelegramme

§ 23 a I. Briestelegramme sind Telegramme zu ermäßigter Gebühr, die nach den vollbezahlten telegraphisch an den Bestimmungsort befördert, daselbst an die Postanstalt abgegeben und von dieser wie gewöhnliche Briefe auf dem nächsten Zustellgang abgetragen oder Abholern in der üblichen Weise ausgehändigt werden.

II. Briestelegramme müssen als solche erkennbar und in offener deutscher Sprache abgefaßt sein. Sie erhalten vor der Anschrift den gebührenpflichtigen Vermerk „Bft“. Die Anwendung einer vereinbarten Kurzanschrift und die Bezeichnungen „post“, „telegraphen- oder bahnhofslagernd“ sind statthast. Andere Vermerke nach § 3 sind unstatthast. Bei Eisenbahntelegaphenanstalten dürfen Briestelegramme nicht aufgeliefert werden. Eine etwa erforderliche Nachsendung geschieht brieflich und ohne neuen Gebührenansatz.

Die Gebühr wird auf Antrag nur dann erstattet, wenn das Briestelegramm durch Verschulden des Betriebs verlorengegangen ist.

III. Der ermäßigte Gebührensatz findet nur auf das Briestelegramm selbst Anwendung, nicht auch auf gebührenpflichtige Diensttelegramme, die durch ein Briestelegramm veranlaßt werden oder sich auf ein solches beziehen.

Diese Änderungen treten am 1. Februar 1925 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Änderung der Telegraphenordnung vom 27. Oktober 1923 (Gesetzbl. für die Freie Stadt Danzig S. 1134) außer Kraft.

Danzig, den 27. Januar 1925.

Post- und Telegraphenverwaltung der Freien Stadt Danzig.
Bander.

**Anlage zur Verordnung zur Änderung der Telegraphenordnung vom 27. Januar 1925.
Gebührensätze für den Telegrammverkehr.**

Nr.	Telegraphenordnung Paragraph	Gegenstand	Gebühr		Nr.	Telegraphenordnung Paragraph	Gegenstand	Gebühr	
			G	P				G	P
Hauptgebühren.									
1	7, I	Gewöhnliche inländische Telegramme					Empfangsanzeige brieflich:		
		im Ortsverkehr	—	4	7	14, IV	Inland	—	15
		im Fernverkehr	—	8			Ausland	—	35
		für jedes Wort					Bervielfältigung eines gewöhnlichen Telegramms	—	50
(8)		Dringende Telegramme das Dreifache					Bervielfältigung eines dringenden Telegramms	1	—
(15a)		Pressetelegramme die Hälfte der Gebühr für Ferntelegramme.			8		für jede volle oder angefangene Reihe von 100 Wörtern.		
		Für jedes Telegramm sind mindestens 10 Wörter zu bezahlen.			15, IX		Seetelegramme: Zuschlag für		
(23a)		Briestelegramme für jedes Wort	—	4	15, XIII	a)	Semaphortelegramme	1	—
		Für jedes Briestelegramm sind mindestens 20 Wörter zu bezahlen.				b)	Funktelegramme		
		Der Gesamtbetrag für ein Telegramm wird auf einen durch 5 teilbaren Pfennigbetrag aufgerundet.					Küstengebühr	—	30
							Bordgebühr	—	40
							für jedes Wort.		
							c) Telegramme, die funktelegraphisch nur zwischen einem deutschen Feuerschiff und einer deutschen oder Danziger Küstenstation auf dem festen Lande befördert werden	1	—
2	3, V	Zustellung eines Telegramms mit ungenügender Anschrift	—	60	9	16, V	Weitersendung eines Telegramms als eingeschriebener Brief von der letzten Telegraphenanstalt aus	—	30
3	3, VIII	Bereinbarte Kurzanschrift jährlich	60	—	10	16, VI	Vorausbezahlung der Gilzustellung bei Telegrammen an Empfänger außerhalb des Ortstestellbezirks der Bestimmungs-Telegraphenanstalt (xp)	—	80
4	3, IX	Telegrammzustellung nach besonderen Ortlichkeiten (Geschäft, Wohnung) oder bei sonstigen Abweichungen von der Regelzustellung			11	16, IX	Schreibgebühr bei Rückzahlung von hinterlegtem Gilbotenlohn	—	20
		Jahrespauschgebühr	60	—	12	17, III	Bescheinigung der erhobenen Gebühren	—	10
		Einzelgebühr	—	60	13	17, IV	Stundung von Telegraphengebühren	2 v. S. des gerundeten Betrags	
5	4, V	Witnahme eines Telegramms durch die Telegraphenboten und Landzusteller zur Auflieferung	—	10	14	18, I	Schreibgebühr bei Zurückziehung eines Telegramms, dessen Beförderung noch nicht begonnen hat	—	20
6	11, I	Empfangsanzeige telegraphisch: Inland-Gebühr wie für ein Telegramm von 10 Wörtern, Ausland-Gebühr wie für ein Telegramm von 5 Wörtern.							

Nr.	Telegraphen- ordnung Paragraph	Gegenstand	Gebühr		Nr.	Telegraphen- ordnung Paragraph	Gegenstand	Gebühr	
			G	P				G	P
15	21, IV	Schreibgebühr, wenn sich ein Antrag auf Erstattung von Telegraphengebühren als unbegründet erweist			16	22, V	Wünscht der Antragsteller auch Antwort durch die Post		
		Inlandsverkehr	—	20			Inlandsverkehr	—	60
		Auslandsverkehr	—	40			Auslandsverkehr	1	20
16	22, V	Mitteilungen durch die Post über schon beförderte Telegramme			17	23, II	Beglaubigte Abschrift eines Telegramms für jede volle oder angefangene Reihe von 100 Wörtern	—	50
		Inlandsverkehr	—	30					
		Auslandsverkehr	—	60					

6

Verordnung

über Postgebühren im Verkehr mit dem Ausland (ausschließlich Deutschland, Österreich und Polen).

Vom 24. 1. 1925.

Die Gebühren im Postverkehr mit dem **Ausland** (außer Deutschland, Österreich und Polen) werden **vom 1. Februar 1925** ab wie folgt festgesetzt:

	Danziger Pfennige
Briefe bis 20 g	35
für jede weiteren 20 g	20
Postkarten	20
Drucksachen für je 50 g	10
Blindenschriftsendungen für je 500 g	5
Geschäftspapiere für je 50 g	10
mindestens aber	35
Warenproben für je 50 g	10
mindestens aber	15
Mischsendungen (zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben) für je 50 g	10
jedoch, wenn die Sendung nur Drucksachen und Warenproben enthält, mindestens	15
sonst mindestens	35
die Gebühr für nicht oder unzureichend freigemachte Brieffsendungen beträgt das Doppelte des Fehlbetrages, mindestens aber	20
Einschreibgebühr	30
Gilzustellgebühr für Brieffsendungen	70
Beförderungsgebühr für Wertkästchen für je 50 g	15
mindestens aber	70
die besondere Gebühr für Briefnachnahme, vom Absender zu erheben	10
die Einziehungsgebühr für jede eingelöste Briefnachnahme	15
die Einziehungsgebühr für jedes eingelöste Postauftragspapier	20
die Vorzeigegebühr für jedes nicht eingelöste Postauftragspapier	15

	Danziger Pfennige
die Gebühr für Nachfragen (Laußzettel)	70
die Gebühr für eine Unbestellbarkeitsmeldung	70
die Rückscheingebühr und Gebühr für Auszahlungsscheine	
a) falls bei Einlieferung verlangt	30
b) falls nachträglich verlangt	60

Die Verordnung vom 31. Oktober 1923 über Postgebühren im Verkehr mit dem außerdeutschen und außerpolnischen Ausland (Gesetzblatt S. 1182) tritt gleichzeitig außer Kraft.

Danzig, den 24. Januar 1925.

Post- und Telegraphenverwaltung der Freien Stadt Danzig.
Zander.

7

Postgebühren

im Verkehr nach Deutschland und Österreich. Vom 29. 1. 1925.

Die mit Gesetz vom 28. Januar 1925 betreffend Änderung des Gesetzes über Postgebühren vom 30. April 1921 und der Verordnung über die Umstellung einiger das Postwesen betreffender Gesetze auf die Recheneinheit des Guldens vom 24. Oktober 1923 festgesetzten Gebühren für Briefe, Druckfachen, Geschäftspapiere, Warenproben, Mischsendungen und Päckchen gelten vom Zeitpunkt ihres Inkrafttretens (1. Februar 1925) auch im Verkehr nach Deutschland und, abgesehen von den Gebühren für Päckchen, auch im Verkehr nach Österreich.

Die Gebühren für Postkarten und Blindenschriftsendungen nach Deutschland und Österreich bleiben unverändert und entsprechen demnach auch weiterhin den nicht geänderten Inlandsgebühren für Postkarten und Blindenschriftsendungen.

Im Verkehr nach Deutschland und Österreich beträgt vom 1. Februar 1925 ab ebenso wie im Inlandsverkehr

die Einschreibgebühr	20 P,
die Rückscheingebühr	
a) falls bei der Einlieferung verlangt	20 P,
b) falls nachträglich verlangt	40 P.

Danzig, den 29. Januar 1925.

Post- und Telegraphenverwaltung der Freien Stadt Danzig.
Zander.

8 Volkstag und Senat haben folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Gesetz

betreffend Änderung des Gesetzes über Postgebühren vom 30. April 1921 (Gesetzbl. 1921 Seite 43) und der Verordnung über die Umstellung einiger das Postwesen betreffender Gesetze auf die Recheneinheit des Guldens vom 24. Oktober 1923 (Gesetzbl. 1923 Seite 1110). Vom 28. 1. 1925.

§ 1.

Das Gesetz über Postgebühren vom 30. April 1921 (Gesetzblatt 1921 Seite 43) in der Fassung der Verordnung vom 17. Februar 1923 (Gesetzbl. 1923 Seite 294) wird wie folgt abgeändert:

1. Der zweite Absatz des § 5 erhält folgende Fassung:

Zur Ermittlung des Gewichts hat der Verleger der Verlagspostanstalt ein vollständiges Pflichtstück von jeder Zeitungsnummer beim Erscheinen zu liefern. Nach diesen Pflichtstücken wird jedesmal

für die Zeit, auf die sich die Abrechnung mit dem Verleger erstreckt, die Zahl und das Gewicht aller während dieser Zeit erschienenen Zeitungsnummern und daraus das Durchschnittsgewicht einer Nummer festgestellt, Bruchteile des Durchschnittsgewichts von $\frac{1}{2}$ Gramm und darüber werden auf volle Gramm aufgerundet, Teile unter $\frac{1}{2}$ Gramm bleiben unberücksichtigt.

2. Im ersten Satz des § 6 ist statt „25 Gramm“ zu setzen 30 Gramm.

§ 2.

In der Anlage zur Verordnung über die Umstellung einiger das Postwesen betreffender Gesetze auf die Recheneinheit des Guldens vom 24. Oktober 1923 (Gesetzbl. Seite 1110) werden die Angaben über die Gebühren unter 1 Ziffer 2 bis 7 und 12 durch folgende ersetzt:

2. Briefe

a) im Ortsverkehr

bis	20 g	10 Pfennige
über	20 „ 250 g	15 „
„	250 „ 500 g	30 „

b) im Fernverkehr

bis	20 g	15 „
über	20 „ 250 g	30 „
„	250 „ 500 g	40 „

3. Drucksachen

Klasse A (Volldrucksache)

bis	50 g	5 Pfennige
über	50 „ 100 g	10 „
„	100 „ 250 g	15 „
„	250 „ 500 g	30 „
„	500 „ 1 kg	40 „
„	1 kg bis 2 kg (nur für einzeln versandte, ungeteilte Druckbände)	

Klasse B (Teildrucksache)

bis	100 g	10 Pfennige
über	100 „ 250 g	15 „
„	250 „ 500 g	30 „
„	500 „ 1 kg	40 „
„	1 kg bis 2 kg (nur für einzeln versandte, ungeteilte Druckbände)	

4. Geschäftspapiere

bis	250 g	15 Pfennige
über	250 „ 500 g	30 „
„	500 g bis 1 kg	40 „

5. Warenproben

bis	250 g	15 Pfennige
über	250 „ 500 g	30 „

6. Mischsendungen (zusammengepackte Drucksachen, Blindenschriftsendungen, Geschäftspapiere und Warenproben)

bis	250 g	15 Pfennige
über	250 „ 500 g	30 „
„	500 „ 1 kg	40 „

7. Päckchen bis 1 kg

40 Pfennige

12. Zeitungen

- a) Zeitungsgebühr für das wöchentlich einmalige oder seltenere Erscheinen sowie für jede weitere Ausgabe in der Woche bei einem durchschnittlichen Nummergewicht

	bis	30 g		2 Pfennige
über	30	"	50 g	4 "
"	50	"	100 g	6 "
"	100	"	250 g	10 "
"	250	"	500 g	14 "
"	500	"	1000 g	18 "

monatlich

für das monatlich einmalige oder seltenere Erscheinen die Hälfte davon, mit der Maßgabe, daß für Zeitungen, die seltener als monatlich erscheinen, die Zeitungsgebühr nur für die Monate zu erheben ist, in denen eine Zeitungsnummer herausgegeben worden ist.

- b) Gebühr für Sammelüberweisungen von Zeitschriften (Höchstgewicht einer Nummer 30 g im Durchschnitt)
viertelsjährlich 4 Pfennige.

§ 3.

Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des § 1 und des § 2 unter „12. Zeitungen“ am 1. Februar 1925 in Kraft. Der § 1 und der § 2 unter „12. Zeitungen“ treten am 1. April 1925 in Kraft.

Danzig, den 28. Januar 1925.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Sahm. Runge.

9

Verordnung

über die Einkommensgrenzen im § 62 Versorgungs-gesetz. Vom 21. 1. 1925.

1. Auf Grund des § 62 Abs. 5 Versorgungs-gesetz vom 26. August 1924 (Gesetzbl. S. 389) werden die Einkommensgrenzen mit Wirkung vom 1. 12. 24 ab wie folgt festgesetzt:

Erreicht das neben den Versorgungs-gebühren im Monat Dezember 1924 oder in einem späteren Monat bezogene Einkommen aus öffentlichen Mitteln (§ 62 Versorgungs-gesetz) oder das Privateinkommen (§ 3 und § 1 Abs. 1 des Art. 10 der deutschen Personal-Abbau-Berordnung, in Danzig eingeführt durch Gesetz vom 4. April 1924 (Ges.-Bl. S. 111) den Betrag von 375 Gulden, so ruht ein Zehntel der Versorgungs-gebühren. Für je weitere 63 Gulden ruht ein weiteres Zehntel.

Die nach Abs. 3 des § 62 Versorgungs-gesetz für jedes Kind, für das Versorgungs-gebühren nach dem Versorgungs-gesetz gewährt werden, abzuziehenden Beträge werden auf 63 Gulden festgesetzt.

Der steuerfreie Lohnbetrag, um den sich das Einkommen des Versorgungsberechtigten bei der Berechnung der Ermäßigung für die Ehefrau mindert, beträgt 75 Gulden monatlich.

2. In den Fällen, in denen die Ruhensberechnungen bereits durchgeführt sind, wird eine neue Ruhensberechnung wegen dieser Änderung der Einkommensgrenzen nur auf Antrag vorgenommen. Bei Neu-feststellung von Versorgungs-gebühren sind vom 1. 12. 24 ab grundsätzlich die neuen Einkommensgrenzen unter Berücksichtigung des Einkommens des Monats Dezember — bei Neu-anträgen gegebenenfalls eines späteren Monats — der Ruhensberechnung zugrunde zu legen. Für die Zeit vor dem 1. 12. 24 sind in jedem Falle die Ruhensberechnungen nach den bisher geltenden Vorschriften durchzuführen.

Danzig, den 21. Januar 1925.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Sahm.

Dr. Wiercinski.

V e r o r d n u n g

über Einziehung der Beiträge zur Krankenversicherung. Vom 27. 1. 1925.

Auf Grund des § 404 a der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Gesetzes vom 24. August 1923 (Reichsgesetzbl. S. 911 ff.) wird zur Vereinfachung der Einziehung der Beiträge zur Krankenversicherung folgendes bestimmt:

Artikel 1.

Die Arbeitgeber haben denjenigen Krankenkassen, deren Satzungen auf Grund des § 180 Abs. 4 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Gesetzes vom 24. August 1924 (Reichsgesetzbl. S. 911 ff.) den wirklichen Arbeitsverdienst der einzelnen Versicherten als Grundlohn allgemein oder für einzelne Betriebe bestimmen, sowie den Beauftragten dieser Krankenkassen auf Verlangen Auskunft zu geben über alle Tatsachen, die eine Meldung zu enthalten hat. Sie haben die Geschäftsbücher oder Listen, aus denen diese Tatsachen hervorgehen, während der Betriebszeit an Ort und Stelle vorzulegen. Auch die Versicherten haben über ihren Personenstand sowie Ort und Dauer ihrer Beschäftigung und ihren Arbeitsverdienst Auskunft zu geben.

Das Versicherungsamt kann die Arbeitgeber und die Versicherten durch Geldstrafen bis zu dem in § 879 vorgesehenen Höchstbetrage zur Erfüllung dieser Pflichten anhalten.

Entstehen durch die Überwachung bare Auslagen, so kann das Versicherungsamt sie auf Antrag der Kasse dem Arbeitgeber auferlegen, wenn er sie durch Pflichtversäumnis verursacht hat.

Auf Beschwerde in den Fällen des Abs. 2, 3 entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig.

Artikel 2.

Das Überwachungsrecht nach Artikel 1 dieser Verordnung erstreckt sich nur auf Krankenkassen, deren Satzungsbestimmungen über die Erhebung der Beiträge nach dem wirklichen Arbeitsverdienst der Versicherten Vorsorge dafür treffen, daß

1. diejenigen Arbeitgeber, die dem Beitragsverfahren nach dem wirklichen Arbeitsverdienst unterliegen, auf ihren Antrag die Beiträge nach diesem Verfahren auch für den Fall weiter entrichten dürfen, wenn Voraussetzungen in Fortfall kommen, die im allgemeinen für die Erhebung der Beiträge nach dem wirklichen Arbeitsverdienst Bedingung sind; Die Kosten werden wie Gemeindeabgaben begetrieben.
2. für Versicherte, deren Beitrag nach dem wirklichen Arbeitsverdienst berechnet wird, sofern sie in einem regelmäßigen Beschäftigungsverhältnis stehen, der auf den Kalendertag entfallende Durchschnittsbetrag ihres Lohnes in den letzten zwei Wochen, bei Versicherten mit schwankendem Verdienst derjenige, der in den letzten vier Wochen als Grundlohn zu gelten hat. Bei den Lohnangaben genügt die Angabe des Gesamtlohnsummes.

Eine Herabsetzung der in Abs. 1 Satz 1 genannten Fristen ist zulässig;

3. von der Krankenkasse den Arbeitgebern kostenlos Tabellen zur Verfügung gestellt werden, aus denen sich, berechnet nach den einzelnen Grundlöhnen, bis zu einer Spanning von 50 P der Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil ergibt. Eine Abrundung des Grundlohnes und des Beitrages ist zur Durchführung der Dreiteilung zulässig.
4. die Abführung der Beiträge an die Kasse von den Arbeitgebern monatlich zu erfolgen hat, und zwar spätestens bis zum Dritten des nächsten Monats.

Artikel 3.

Bei säumnigen Arbeitgebern kann der Kassenvorstand die in Artikel 2 Ziffer 4 vorgesehene Frist zur Abführung der Beiträge auf eine Woche herabsetzen. In diesem Falle sind die Beiträge für die Versicherungspflichtigen am Montag jeder Woche für die abgelaufene Kalenderwoche fällig.

Auf Beschwerde entscheidet das Versicherungsamt endgültig.

Artikel 4.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Das Oberversicherungsamt hat gleichzeitig mit der Genehmigung der Satzung oder der Satzungsänderungen diejenigen Krankenkassen bekanntzumachen, denen das Überwachungsrecht nach Artikel 1 dieser Verordnung zusteht.

Das Landesversicherungsamt kann Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung erlassen.

Danzig, den 27. Januar 1925.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Sahm.

Dr. Wiercinski.

Bezugsgebühren vierteljährlich a) für das Gesetzbuch für die Freie Stadt Danzig Ausgabe A u. B je 3,00 G, b) für den Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig Teil I Ausgabe A u. B je 2,25 G, c) für den Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig Teil II 3,00 G. Bestellungen haben bei der zuständigen Postanstalt zu erfolgen. Für Beamte (siehe Staatsanz. f. 1922, Nr. 87) Bezugspreis zu a) 1,80 G, zu b) 1,20 G.

Einrückungsgebühren betragen für die zweigespaltene Zeile oder deren Raum = 0,40 Gulden.

Belegblätter und einzelne Stücke werden zu den Selbstkosten berechnet.

Schriftleitung: Geschäftsstelle des Gesetzbuches und Staatsanzeigers. — Druck von M. Schroth in Danzig.
